

Das Parlament vom 22. 3. 2002

Ein nur teilweise überzeugender Sammelband zum Nahostkonflikt

# Spirale von Gewalt und Gegengewalt

Die Gewaltspirale im Nahen Osten dreht sich mit zunehmender Intensität. Terror und Gegenterror gehören zum Alltag sowohl der Palästinenser als auch der Israelis. Konkrete Auswege aus diesem Dilemma sind nicht in Sicht, obwohl es eine Fülle von Vorschlägen gibt, die aber die führenden Eliten in beiden Ländern nicht zu interessieren scheint. Die israelische Seite unter Ministerpräsident Sharon scheint entschlossen, diesen Konflikt um Land mit massiver Gewalt lösen zu wollen. Er hat in einem Interview mit der Tageszeitung Haaretz vom April 2001 erklärt, dass der Krieg von 1948 noch nicht beendet sei. Dieser Satz ergibt nur dann einen Sinn, wenn auch die zweite Hälfte der Bevölkerung aus ihrer Heimat vertrieben würde.

Insofern überrascht die Feststellung der Herausgeber: „Eine große Vertreibung der Palästinenser wäre in der heutigen Welt mit ihrem entwickelten Völkerrecht keine reale Möglichkeit, vor allem nach dem Präzedenzfall Kosovo.“ Diese Fehleinschätzung der innerisraelischen Diskussion, wo öffentlich in der Knesset, dem israelischen Parlament, über die Vertreibung der Palästinenser diskutiert wird, macht auch die Ambivalenz dieses Bandes aus.

Diese Zwiespältigkeit zeigt sich auch in dem Beitrag von Dietrich Thränhardt, der die Verantwortung für das Flüchtlingsproblem gleichmäßig auf israelische und arabische Schultern verteilt. Ob diese Fehlwahrnehmungen der israelischen Realität mit der deutschen Vergangenheit zu tun haben, muss offen bleiben.

## Verfahrenre Lage

Das vorliegende Buch zeigt leider auch keinen Ausweg aus der völlig verfahrenen Lage auf. Es versammelt Vorträge einer Ringvorlesung im Jahre 2000 an der Universität Münster. Leider sind die Beiträge, die zum Teil tagesaktuell argumentieren, nicht bis kurz vor der Drucklegung fortgeschrieben worden. Sie enden zum Teil mit Prognosen zur Wahl von Barak gegen Sharon wie der ansonsten ausgezeichnete Beitrag von Moshe Zuckermann, Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte der Universität in Tel Aviv.

Was Zuckermann zum Verhältnis von Volk, Staat und Religion im zionistischen Selbstverständnis ausführt, sollte insbesondere die deutsche Leserschaft interessieren, damit sie Abschied von ihren romantischen Israel-Vorstellungen nimmt und das Land von einer Ideologie so wahrnimmt, wie sie gemeint ist. Die ethnische Staatskonzeption hat zu zahlreichen Diskriminierungen der palästinensischen Israelis geführt und ist ein zentrales Hindernis für eine Aussöhnung mit den Palästinensern.

Der Staat Israel ist somit kein Staat für alle seine Bürger. „Der israelische Judenstaat ist schlechthin nicht Staat aller seiner Bürger, und ein Staat aller seiner Bürger kann kein reiner Judenstaat sein. Anders ausgedrückt: Es kann ein reiner Judenstaat nicht den Anspruch erheben, demokratisch zu sein, wie denn ein Staat aller seiner Bürger nicht gut auf das rein Jüdische insistieren kann.“ Die Ermordung von 13 israelischen Staatsbürgern zu Beginn der Intifada im Oktober 2000 in Nazareth zeigt, „dass die Vorstellung von der so genannten

einzigsten Demokratie im Nahen Osten schon innenpolitisch eine Schimäre ist“, so Zuckermann.

Der Beitrag von Karin Aggestam, Institut für Politikwissenschaft der Universität Lund in Schweden, vermengt theoretische Überlegungen mit praktisch-politischen Vorgängen, die die tatsächlichen Machtstrukturen vor Ort eher verschleiern als offen legen. Dieser Beitrag ist ein exzellenter Beleg dafür, wie politologische Analysen völlig neben der Realität liegen können. Die gravierenden Unterschiede zwischen Unterdrücker und Unterdrückten werden verwischt.

Dass Israel seit Ausbruch des „Friedensprozesses“ durch seine fortgesetzte Siedlungspolitik und den Aufbau eines separaten Straßensystems alles getan hat, um seine kolonialistische Politik fortzusetzen, wird überhaupt nicht erwähnt.

Wenn die Autorin so tut, als ob dieser „Friedensprozess“ an „einer zunehmenden Disparität in der Interpretation“ der Dokumente gescheitert sei, blendet sie die machtpolitische Realität vor Ort völlig aus. Zum Verständnis der Vorgänge seit 1993 trägt dieser Beitrag wenig bei.

Der Sammelband enthält aber auch andere ausgezeichnete Beiträge wie den von Alexander Flores, Professor für Wirtschaft, Gesellschaft und Sprache der arabischen Länder an der Hochschule in Bremen, der die Hintergründe von Islam, Islamismus und Nationalismus im Palästinakonflikt erörtert.

Dieser Beitrag trägt zur Entdämonisierung des Islam bei, der seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 ins Gerede gekommen ist. Flores kann überzeugend nachweisen, dass es sich bei dieser Auseinandersetzung um einen politischen Interessenkonflikt und nicht um einen religiösen Konflikt handelt, d. h., es geht um Land und nicht um Religion.

## Zweideutigkeiten

Er tritt damit sowohl den islamistischen als auch jüdisch-fundamentalistischen Ansprüchen auf das Land entgegen. Obwohl in diesem Sammelband zahlreiche Experten zusammengeführt worden sind, ist es wieder einmal nur unzureichend gelungen, realistische Analysen und Lösungskonzepte des Nahostkonfliktes vorzulegen.

Wie sich denn die Publikationen der Reihe des „Deutsch-Israelischen Arbeitskreises für Frieden im Nahen Osten“ eher durch Zweideutigkeiten auszeichnen als durch eine realistisch-pragmatische Analyse der politischen Wirklichkeit. Für die Politische Bildung und ihren Auftrag zur Urteilsfindung ist ein solcher Standpunkt langfristig eher von Nachteil. Ludwlg Watzal

Uta Klein/Dietrich Thränhardt (Hrsg.)

**Gewaltspirale ohne Ende? Konfliktstrukturen und Friedenschancen im Nahen Osten**  
Wochenschau Verlag, Schwalbach 2002;  
250 S., 24,80 €